

# „Die Auflösung der Bundesregierung ist das vorrangige Ziel“

**Gastbeitrag** | Vor 50 Jahren formulierte der CSU-Chef seine „Sonthofen-Strategie“, die später Oskar Lafontaine nachahmte. Was heute anders ist als damals.

VON SIEGFRIED BALLEIS

Vor 50 Jahren gab es in den Medien, angeführt vom „Spiegel“, einen Sturm der Entrüstung über Franz Josef Strauß. Was war geschehen?

Strauß hatte nach der Landtagswahl in Bayern mit einem für die CSU sensationellen Ergebnis von 62,1 Prozent die Strategie der Union für die im Jahr 1976 anstehende Bundestagswahl formuliert. In dieser am 19. November 1974 im Hotel Sonnenalp in Ofterschwang bei Sonthofen gehaltenen Rede ging es vor allem darum, dass die Union die sozial-liberale Regierung von Helmut Schmidt möglichst bald ablösen wollte.

Strauß hat die Union darauf eingeschworen, nicht mehr einen konstruktiven, sondern einen reinen konfrontativen Blockadekurs gegenüber der Bundesregierung zu fahren. Insbesondere die folgende Aussage von Josef Strauß zur weiteren Entwicklung Deutschlands wurde vom „Spiegel“ wiederholt und systematisch skandalisiert und auch von vielen weiteren Medien aufgegriffen. Da vielfach nur mit aus dem Zusammenhang gerissenen Aussagen operiert wurde, wird aus dem offiziellen Protokoll der Landesgruppe der CSU, das dem Autor vorliegt, zitiert werden. Franz Josef Strauß vertrat dabei die Auffassung, dass die Union nicht die harten Maßnahmen vorschlagen sollte, die zur Bewältigung der Krise notwendig seien. Wörtlich: „Auch Helmut Schmidt schiebt sie das ganze

Jahr vor sich her. Wir würden Gefahr laufen, wenn wir vorschlagen, es muss jetzt konkret geschehen a, b, c, d usw., dass die es nicht tun. Lieber eine weitere Inflationierung, weitere Steigerung der Arbeitslosigkeit, weitere Zerrüttung der Staatsfinanzen in Kauf nehmen, als das anzuwenden, was wir als Rezept für notwendig halten mit der Maßgabe, dass sie sagen: ‚Seht solange wir da sind, ist unser Leiden ja nicht gar so schlimm.‘ Wenn die aber hinkommen, die muten euch eine Rosskur zu. Soweit sind wir noch nicht. Es muss wesentlich tiefer sinken, bis wir Aussicht haben, politisch mit unseren Vorstellungen, Warnungen, Vorschlägen gehört zu werden. Es muss also eine Art Offenbarungseid und ein Schock im öffentlichen Bewusstsein erfolgen. Wir können uns gar nicht wünschen, dass dies jetzt aufgefangen wird, sonst ist es ja nur eine Pause, und nach der Pause geht es ja doch in der falschen Richtung dann wieder weiter. Die Auflösung der jetzigen Bundesregierung ist das vorrangige Ziel, und hier besteht durchaus die Möglichkeit, dass noch vor dem Jahr 1976 es zu einer Änderung kommt.“

Im Kern vertrat Strauß die Auffassung, dass die Union keine Vorschläge zur Lösung der damaligen wirtschaftlichen Probleme einbringen solle, damit sie nach dem Scheitern der sozial-liberalen Koalition als Retter auftreten könne.

Ein halbes Jahr später konzidierte der Gründer und Herausgeber des

„Spiegel“, Rudolf Augstein, in der Ausgabe vom 11. Mai 1975, dass fast jede Opposition der amtierenden Regierung wünsche, dass sie scheitere. Als Oskar Lafontaine im Jahr 1997 die Strauß'sche Strategie nachahmte und über den Bundesrat die Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Helmut Kohl massiv und nachhaltig blockierte, fiel die Resonanz in den Medien merkwürdig still und verhalten aus. Merke: Wenn zwei das gleiche tun, ist es noch lange nicht das gleiche!

Lafontaine war damals Minister-

präsident des Saarlands und gleichzeitig Vorsitzender der SPD. Bundeskanzler Helmut Kohl wollte damals Steuerentlastungen für Unternehmen und Bürger umsetzen und brauchte dafür eine Zustimmung der Länder im Bundesrat.

Die SPD-geführten Länder, angeführt von Lafontaine, lehnten mit ihrer Mehrheit im Bundesrat die Reform ab, um damit die Handlungsfähigkeit der von CDU/CSU und FDP gebildeten Bundesregierung deutlich zu machen. Lafontaine wurde, damit zu einem Synonym der „Blockadepo-

litik“ der SPD im Bundesrat und profilierte sich als schärfster Kritiker der Politik der Bundesregierung. Letztlich verschaffte seine Blockadepolitik der SPD auf Bundesebene eine stärkere Position und schadete dem Ansehen der Kohl-Regierung. Das war einer der wesentlichen Ursachen für die Niederlage der Union bei der Bundestagswahl 1998.

Die Situation des Spätherbsts 1974 ist durchaus mit der heutigen Situation vergleichbar. Die Ampel-Regierung gebildet aus SPD, Grünen und FDP dümpelt vor sich hin, Deutschland befindet sich in einer Rezession und die Regierenden gefallen sich im ewigen Streit. Anders als damals hat der Kanzlerkandidat von CDU/CSU und gleichzeitig Fraktionsvorsitzende der Unions-Bundestagsfraktion, Friedrich Merz, Bundeskanzler Olaf Scholz eine Zusammenarbeit bei der Lösung der Migrationsfrage angeboten, die dieser aber letztlich ablehnt hat.

Somit bleibt auch heute nur das Warten auf Neuwahlen, um eine nachhaltige Veränderung der politischen Koordinaten durch die Wählerinnen und Wähler der Bundesrepublik Deutschland vornehmen zu lassen.

Prof. Siegfried Balleis (68) war von 1996 bis 2014 CSU-Oberbürgermeister der Stadt Erlangen. Heute ist Balleis unter anderem Honorarprofessor am Institut für Politische Wissenschaften der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg.



Franz Josef Strauß auf dem CDU-Parteitag in Hannover im Mai 1976. Foto: imago/Rust